

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Annoncen-Abteilung entgegen. — Erscheinungsdauer: 100 Jahre. — Preis: 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf. — Annoncenpreis: 10 Pf.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis für die Annoncen-Abteilung: 10 Pf. — Anzeigenpreis für die Annoncen-Abteilung: 10 Pf. — Anzeigenpreis für die Annoncen-Abteilung: 10 Pf.

Telegraphische: Kassenbuch Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 207

Sonnabend, den 5. September 1925

20. Jahrgang

Das amerikanische Luftschiff Shenandoah vernichtet.

Wasserville (Ohio), 3. September. Das Luftschiff „Shenandoah“ ist bei Aue verunglückt. Wie gemeldet wird, sind 10 Personen tot (nach einer anderen Meldung 12), sieben verletzt. Das Luftschiff wollte einen Panzertag über elf amerikanische Staaten machen.

Die „Shenandoah“ ist vor vier Jahren in Amerika nach dem Muster der Zeppelinluftschiffe erbaut worden. Sie ist kleiner als Z. R. 3, hat 80 000 Kubikmeter Rauminhalt, eine Länge von 180 Metern und eine Breite von 25 Metern. Das Schiff war ebenso wie Z. R. 3 in Lakehurst stationiert.

Über die Katastrophe des Luftschiffes Shenandoah liegen bisher nur ungenaue Nachrichten vor, da sie sich in einer ziemlich menschenleeren Gegend zutrug und die Drahtverbindungen infolge starken Sturmes gestört sind. Ein Telefonbeamter in Cumberland, der das Unglück mit ansah, berichtet, daß das Schiff auseinanderbrach und ein Teil anscheinend unversehrt wieder aufstieg. Dieser Teil ging dann bei Sharon nieder. Man glaubt, daß das Luftschiff in eine Windhose geraten ist und von dem plötzlichen Anprall entzweitbrach. Es befand sich mit 38 Mann Besatzung auf dem Wege von Lakehurst nach Scottsfield bei St. Louis.

Nach amtlichen Angaben sind bei dem Unglück 13 Mann der Besatzung ums Leben gekommen, darunter der Kommandeur Zachary Lansdowne.

Marine-Sekretär Wilson wertete sich vorläufig, tragend welche Angaben über die Ursachen des Unglücks und seine mutmaßlichen Folgen für die Marineluftschiff-

fahrt zu machen. Man vermutet aber, daß in Kongresskreisen eine starke Agitation für Abschaffung der Marineluftschiffahrt eingeht.

Das Luftschiff war mit Heliumgas gefüllt. Eine Explosion habe sich anscheinend nicht ereignet.

Dr. Ekener über die Luftschiffkatastrophe in Amerika.

Berlin, 4. Sept. Der „Völkischer Anzeiger“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem Mitarbeiter des Blattes über die mutmaßlichen Ursachen der amerikanischen Luftschiffkatastrophe. Dr. Ekener erklärte, es erscheine ihm nicht wahrscheinlich, daß die Shenandoah in der Luft entzweitbrochen sein soll. Er nehme an, daß das Schiff beim Landen von einer vertikalen Welle auf den Boden geschmettert worden ist. Dr. Ekener erklärte weiter, daran daß die Shenandoah ihre Luftschiffahrt selbst bei schwerem Wetter bewiesen habe, namentlich bei ihrer Sturmsahrt nach dem Voreisen vom Wintermast. Dr. Ekener wies dann noch darauf hin, daß man das verunglückte Luftschiff nicht als Schwesterluftschiff des Z. R. 3 bezeichnen könne. Das Schiff, das in Amerika erbaut sei, sei um 3000 Kubikmeter kleiner als das deutsche und mit fünf amerikanischen Motoren ausgerüstet, während Z. R. 3 fünf Mahdarmotoren habe. Zum Schluß der Unterredung gab Dr. Ekener seinem tiefen Bedauern über das Unglück Ausdruck. Gerade die Besatzung dieses Luftschiffes habe des Bitteren Proben ihres Wagemutes und ihrer Geschicklichkeit abgelegt, so erst vor kurzem bei der Ueberquerung des amerikanischen Kontinents, vom atlantischen zum großen Ozean.

Glatter Verlauf der Londoner Juristenkonferenz.

Wolle Gleichberechtigung der einzelnen Vertreter.

London, 3. Sept. Während „Daily News“ hervorhebt, daß man gemeinsam beschlossen habe, keine Mitteilungen über den Verlauf der Juristenkonferenz zu veröffentlichen und nur ein gutes Fortschreiten der Verhandlungen meldet, schreibt der diplomatische Berichtserstatter des „Daily Telegraph“: Die gestrigen Verhandlungen waren, wie verlautet, sehr verwickelt und bezogen sich auf technische Fragen. Während aller Bemerkungen hat jedoch eine kollegiale Stimmung geherrscht und selbst zwischen dem deutschen und französischen Vertreter hat sich ein Geist gegenseitiger Unbefangenheit gezeigt. Dr. Gaus hat stets harträchtig seinen Standpunkt vertreten, sobald er die Ueberzeugung hatte, daß der Wortlaut oder die Grundsätze des Paktes oder seiner Anhänge nicht genügend den Grundgedanken der Gegenseitigkeit, des ihm und der deutschen Regierung am Herzen liegend, entsprächen. Dr. Gaus sah sich auch gestungen, der öffentlichen Meinung in Deutschland und vorzutellen, an die sich ruflandfreundliche Teile dieser öffentlichen Meinung in Deutschland auch weiterhin klammern, Rechnung zu tragen. Trotz der erbreiterischen Art und Weise, mit der Moskau die Wirtschaftsverhandlungen abgebrochen hat, und trotz sonstiger Einschränkungen wird von allen zugegeben, daß Dr. Gaus geschmeidig und reich an eigenen Gedanken und Formeln ist, denen eine umfassende Beratung gewidmet worden ist. Der Korrespondent muß zugeben, daß es für einen Laien unmöglich ist, sich mit den einander widersprechenden Arten von

Schieds- und Ausgleichssystemen

zu befassen, die die Sachverständigen miteinander vergleichen, und daß es ebenso unmöglich ist, das Wie und Warum der deutschen und der alliierten Patentwürfe zu verstehen. Die Sachverständigen haben sich mit Einzelheiten, wie z. B. dem Charakter der Schiedsgerichtsinstanzen und ähnlicher Ausschüsse beschäftigt, die zu Rate gezogen werden müssen (Wörterbuchrat, der Hoeger Gerichtshof oder ad hoc zu berufende Gerichtshöfe). Einfacher und vielleicht von noch größerer Bedeutung ist die

Gestaltung des Rheinlandpastes

selbst. In dieser Hinsicht nähern sich die Ansichten der juristischen Vertreter der verschiedenen Länder. Obgleich es Sache der Außenminister sein wird, eine endgültige Entscheidung unter dem von den Alliierten und deutschen Sachverständigen hinsichtlich gewisser vitaler Klauseln bei den verschiedenen vorliegenden Lösungsmöglichkeiten zu treffen, nimmt der Korrespondent doch an, daß Dr. Gaus genötigt gewesen ist, auf Verbesserungen im Text im Zusammenhang mit den Bestimmungen der beiden Definitionen „offenkundige Angriffe“ und „individuelle Rechte“ zu dringen. Von größter Bedeutung ist jedoch, daß der belgische Sachverständige Kolin der Ansicht Sir Cecil Hurst beipflichtete, daß keine Großmacht — weder Frankreich noch Großbritannien — das Recht haben soll, für sich selbst über den Zustand eines Konfliktes — z. B. eines polnisch-deutschen Konfliktes — eine Entscheidung zu fällen und auf diese Weise den Durchmarsch durch die entmilitarisierte Rheinlandzone zu gestalten oder durchzuführen. Eine Entscheidung darüber muß vielmehr von dem Völkerbund gefällt werden. Promagor erklärte hierzu, keine Ermächtigung zu haben, über diesen Vorschlag im Namen seiner Regierung, die allein dafür zuständig sei, einen Beschluß zu fassen oder anzunehmen.

Der Berichterstatter befaßt sich sodann mit den ausschließlichen Wirkungen des Paktes auf die französisch-belgische Militärkonvention und erklärt: Der Pakt wird einerseits den casus foederis klaren bestimmen als dies in der Konvention geschehen ist, andererseits aber muß der Pakt, da er zweifeltig ist, unbenutzbar zu einer wesentlichen Änderung, wenn nicht gar zu einer Aufhebung der gegenwärtigen Vereinbarungen, die zwischen dem französischen und belgischen Generalstab geschlossen sind, beitragen.

Gestern abend hat man, in schlichter Konzeption, die Hoffnung gehegt, daß man ein genügendes Maß von Uebereinstimmung (ein endgültiges Abkommen ist niemals beabsichtigt gewesen) bis morgen oder Sonnabend erreichen wird, sobald sich die Sachverständigen Ende der Woche nach Genf begeben können.

Der Berichterstatter erklärt schließlich, er habe erfahren, daß Irland angesichts seines Interesses am Pakt den Gedanken aufgegeben habe, in der Völkerbundversammlung eine Rede über das Genfer Protokoll zu halten. An seiner Stelle wird Paul Boncour sprechen.

Cleve nicht geräumt.

Brüssel, 3. 9. Die belgische Telegraphen-Agentur meldet, daß das in Cleve stehende 4. belgische Ulanenregiment lediglich zu Übungszwecken nach dem Eisenbörner Lager abgerückt sei. Die Übungen würden bis zum 20. September dauern. Ein Teil des Regiments wird dann nach Namur verlegt werden, während der andere Teil nach Cleve zurückkehren wird.

Reise des Reichspräsidenten nach Duisburg und Essen.

Reichspräsident v. Hindenburg hat sich auf Einladung des Oberbürgermeisters Dr. Jares bereit erklärt, im September die Städte Duisburg und Essen zu besuchen. Von der Stadt Düsseldorf ist die Bitte an den Reichspräsidenten gerichtet worden, bei dieser Gelegenheit auch Düsseldorf zu besuchen. Der Reichspräsident wird wahrscheinlich auch dieser Einladung Folge leisten.

Die Frage der Optantenausweisungen.

Berlin, 3. Sept. Die Reichsregierung hat entsprechend ihrer bisherigen Haltung in der Optantenfrage und den Wünschen des Reichstages durch ihren Gesandten in Warschau noch einmal den Versuch gemacht, auf der Basis des gegenseitigen Verzichtes erneute Ausweisungen von Optanten zu vermeiden. Da die Zahl der in beiden Ländern noch verbliebenen Optanten ungefähr gleich ist, hätte es un schwer zu einem Verzicht auf diese wirtschaftlich widerwärtige und menschlich sehr beflagenwerte Bevölkerungsveränderung kommen können. Wie wenig guten Willen die polnische Regierung zeigt, zu einer solchen Verständigung zu gelangen, geht un verkennbar aus der Tatsache hervor, daß der deutsche Gesandte in Warschau bis zum heutigen Tage auf seine Vorschläge vom 21. August ohne Antwort geblieben und der polnische Außenminister Strzymski gestern nach Paris und Genf abgereist ist, ohne, wie verabredet, auf die deutsche Demarche zurückgekommen zu sein.

Zwangsausweisung von 50 Polen.

Berlin, 4. Sept. Als Antwort auf die gewaltsame Ausweisung von 50 deutschen Optanten aus Polen hat, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, die preussische Regierung 50 polnische Optanten zum Verlassen Deutschlands veranlaßt.

Neue russische Vorschläge zur Regelung der Schulden Rußlands.

Paris, 2. Sept. Wie „Sources Industrielles“ mitteilt, soll der Sowjetbotschafter am Montag am Quai d'Orsay ein Memorandum überreicht haben, das außer einer grundsätzlichen Stellungnahme einige konkrete Vorschläge für die Regelung der russischen Schulden an Frankreich enthalten soll. Nach Prüfung des Memo-

randums durch den heutigen Ministerrat werden die Vorschläge von Sachverständigen bearbeitet werden.

Kellogg über Amerika und China.

Washington, 3. Sept. Staatssekretär Kellogg erörterte in einer Rede, die er vor der Jahresversammlung des amerikanischen Anwaltsverbandes in Detroit hielt, ausführlich die chinesische Frage und die amerikanische Politik in China. Er erklärte: Amerikas Grundzüge sind: Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Chinas, Förderung der Bestrebungen, die auf das Zustandekommen einer wirksamen und stabilen Regierung in China hinielen, Aufrechterhaltung des Grundgesetzes der gleichen Behandlung des Handels gegenüber den Angehörigen aller Staaten, gewissenhafte Einlösung aller auf der Washingtoner Konferenz China gegenüber eingegangenen Verpflichtungen und Versprechungen. Amerika wünscht, daß China die einem souveränen Staate obliegenden Verpflichtungen durchführt und die ausländischen Staatsangehörigen und deren Eigentum schützt. Kellogg sprach ferner von dem immer dringlicher von China vorgebrachten Wunsch nach einer Revision der Verträge, erwähnte die in Paris gestellten und in Washington wiederholten Forderungen und wies darauf hin, daß China auch kürzlich noch darauf bestanden habe, daß die Frage der Tarifautonomie von der bevorstehenden Peking Konferenz am 28. Oktober in möglichst vollkommener Erwägung gezogen werden soll, und erklärte dann, daß nach seiner Meinung alle Mächte zu der Ansicht gekommen seien, daß die Konferenz ihr Tätigkeitsgebiet über den Buchstaben der Beschlüsse der Washingtoner Konferenz ausdehnen müsse. Die amerikanische Regierung sei bereit, auf dieser Konferenz oder auch später mit China über eine umfassende Revision aller mit der Tariffrage zusammenhängenden Verträge zu verhandeln. Die amerikanische Regierung sei ferner bereit, durch eine internationale Kommission die Frage der Exterritorialität prüfen zu lassen und Amerika wünsche, daß die Kommission bald einen Bericht erstatte, in welchem sie die von ihr erzielten Ergebnisse zur Annahme empfehle. Hierdurch werde es der amerikanischen Regierung ermöglicht werden, sich darüber schlüssig zu werden, ob und gegebenenfalls welche Schritte zur Aufhebung ihrer exterritorialen Rechte unternommen werden können. Er glaube, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sein würde, auf ihre Exterritorialitätsrechte zu verzichten, sobald China den Beweis dafür erbringe, daß seine Gesetze, seine Verwaltung und seine ganze Rechtsordnung den Schutz des Lebens und Eigentums der Ausländer in China zu gewährleisten vermögen.

Unabhängigkeitserklärung chinesischer Provinzen.

Peking, 2. Sept. General Wu Pei fu hat durch einen Erlaß die seiner Autorität unterstehenden Provinzen für unabhängig erklärt.